

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 29.09.2009 um 17.50 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller (ohne Ziffer 13)

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat M. Müller (für Stadtrat May) ohne Ziffer 13
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt (ohne Ziffer 13)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul (ohne Ziffern 7 und 8)
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wachter (für Stadträtin Wallrapp)
Bgm. Regan (Vorsitz Ziffer 13) ohne Ziffer 8

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bgm. Christof (ohne Ziffer 6)

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt (ohne Ziffer 13)

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte: Groß

Berichterstatter:

Oberrechtsrätin Schmöger
Oberamtsrat Hartner
Stadtplaner Neumann
Frau Heger
Herr Pohl
Herr Wegner, Planungsbüro Wegner (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadträtin Glos

Stadtrat Popp
Stadtrat Steinruck

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat May
Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Bebauungsplan Nr. 90 Solarpark Steinhügel-Kalpertsbrunn, 2. Bauabschnitt, mit integriertem Grünordnungsplan: Abwägung und Satzungsbeschluss

- Behandlung und Abwägung der eingegangenen Anregungen im Rahmen der öffentlichen Auslegungen und Beteiligungen der Träger öffentlicher Belange
- Beschluss des Planentwurfs mit integriertem Grünordnungsplan und der Begründung mit Umweltbericht nach § 2a BauGB als Satzung

A. Herr Wegner vom Planungsbüro Wegner geht ausführlich auf die eingegangenen Anregungen, die im Rahmen der öffentlichen Auslegungen und Beteiligungen der Träger öffentlicher Belange eingegangen sind, ein. Besonders bezieht er sich auf die Anregungen des Landwirtschaftsamtes (hochwertiger Boden), dem Landratsamt als untere Naturschutzbehörde (vogelschützende Maßnahmen während der Bauzeit, Feldhamstersituation), dem Bund Naturschutz (grundsätzliche Befürwortung von Dachflächenanlagen) sowie Herrn Meyer, Kitzingen (Überplanung seines Grundstückes) ein, die entsprechend abzuwägen sind. Stadtplaner Neumann weist darauf hin, dass das Abwägungsprotokoll, das der Niederschrift als wesentliche Anlage beigefügt ist, als Beschlussgrundlage diene und insoweit keine Einzelbeschlüsse gefasst werden müssen.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt weist darauf hin, dass die UsW dem Beschlussentwurf mehrheitlich zustimmen wird.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab stellt dar, dass sie von der Sache her zustimmen könne, teile gleichwohl die Argumente des Landwirtschaftsamtes auf Versiegelung hochwertiger Böden. Sie könne auch die Landwirte nachvollziehen, die durch die Verpachtung der Flächen Einnahmen erzielen.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul weist darauf hin, dass die regenerativen Energien gefördert werden müssten, weshalb die SPD dem Bebauungsplan zustimmen werde.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan spricht sich für den Beschlussentwurf aus.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof gibt dem Vorhaben ebenfalls seine Zustimmung.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt dem Beschlussentwurf ebenfalls zu.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm als Referent für Umwelt, Ökologie und Energie schließt sich seinen Vorrednern an.

C. Stadtrat Moser gibt zu Protokoll, dass er gegen den Beschlussentwurf stimmen werde. Er befürwortet im Grunde die Erweiterung der Solarkraft, jedoch hätte er eine Umsetzung auf den bestehenden versiegelten Flächen der US-Kasernen befürwortet.

D. Mit 12 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Abwägung nach der Abwägungsvorlage gemäß der Niederschrift beiliegender Anlagen 1 mit Stand: 08.09.2009 nach § 1 Abs. 7 BauGB und § 2 Abs. 3 BauGB.
3. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung.

2. Antrag auf Abbruch; Mainstockheimer Straße 9

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den vorliegenden Antrag auf Abriss des Anwesens Mainstockheimer Straße 9. Nachdem Teile der Gebäulichkeiten unter Denkmalschutz stehen, sind die Fachplaner sowie das Amt für Denkmalpflege der Auffassung, die Genehmigung lediglich für die nicht unter Denkmalschutz stehenden Gebäude zu erteilen. Oberbürgermeister Müller spricht sich jedoch für den Gesamtabriss aus, nachdem dabei auch die Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen ist.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Schmidt schließt sich der Meinung der Verwaltung auf Komplettabriss an.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser als stellvertretender Stadtentwicklungsreferent spricht sich gegen den Komplettabriss aus und schließt sich der Meinung des Amt für Denkmalpflege an und verweist dabei auch auf die Auffassung des Stadtheimatpflegers.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul spricht sich gegen einen Komplettabriss aus und bittet um Beachtung, dass es sich hierbei um einen der Stadteingänge handle und kein weiterer Schandfleck entstehen dürfte. Sie könnte sich eine touristische Nutzung in Verbindung mit dem Deuster-Areal vorstellen.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan weist darauf hin, dass der Denkmalschutz auch eine Geschichte der Stadt widerspiegle und sie deshalb einen Totalabriss ablehne.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof spricht sich ebenfalls für den Komplettabriss aus, nachdem der Erhalt technisch wie wirtschaftlich nicht nachzuvollziehen sei.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich aufgrund dieser städtebaulichen wichtigen Stelle gegen den Komplettabriss aus.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm spricht sich ebenfalls für einen Komplettabriss aus und bittet, eine Neuentwicklung sensibel anzugehen.

C. Mit 8 : 5 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Komplettabbruch ohne Bedingungen zu

3. Antrag der KIK und der CSU „Weitere Entwicklung des Deuster-Areals“

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den gemeinsamen Antrag von KIK und CSU und bittet dem Beschlussentwurf, auf Prüfung zur Umsetzung des Deuster-Areal zum Biergarten als touristische Attraktion, zu zustimmen. Er stellt dar, dass der Beschluss zur Unterschutzstellung der Keller seitens des Stadtrates bereits gefasst wurde. Stadtrat Moser als Antragsteller bittet dem Antrag zuzustimmen, nachdem sich das Deuster-Areals ideal für eine touristische Nutzungen eignen würde.
2. Bürgermeister Christof als Antragsteller bittet ebenfalls um Befürwortung des Antrages. Seiner Auffassung nach sollte der städtischen Aufwand (Verwaltung wie finanziell) möglichst gering sein. Vielmehr sollte die Umsetzung durch einen privaten Betreiber erfolgen. Auch hinsichtlich der Erschließung (z. B. Kanal) sollte man alternative Modelle verfolgen, um die Kosten möglichst gering zu halten. Nach Beschlussfassung des Grundsatzes sollte man sich hinsichtlich der Umsetzung zusammensetzen. Bei folgender Diskussion wird im Grund eine touristische Nutzung des Deuster-Areals befürwortet, jedoch könne eine Prüfung seitens der Verwaltung auch ohne Grundsatzbeschluss erfolgen.
- Oberbürgermeister Müller bittet um Beschlussfassung und weist darauf hin, dass diesbezüglich lediglich Prüfungen jedoch keine Planungen seitens der Verwaltung vorgenommen werden.

B. Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die weitere Entwicklung des Deuster-Areals im Sinne des vorgelegten Konzeptes „Der Deusterpark - Traditioneller Biergarten auf den Deusterkellern“ zu prüfen.

4. Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Großen Kreisstadt Kitzingen (Informationsfreiheitssatzung) mit Gebührengestaltung

- A. Oberrechtsrätin Schmöger geht ausführlich auf die sog. Informationsfreiheitssatzung ein und stellt dar, dass sie diese auf Grundlage der Beschlussfassung im Mai 2009 erarbeitet habe, wobei sie sich im wesentlichen an der vorliegenden Satzung der Gemeinde Prien orientiert habe. Sie stellt dar, dass sich die Satzung lediglich auf die Belange des eigenen Wirkungskreises richte und geht auf diverse Paragraphen exemplarisch ein. Hinsichtlich des Inkrafttretens verweist sie auf die Alternativen 01.11.2009 bzw. 01.01.2010 sowie auf die Befristung für ein Jahr. Neben der Satzung werde gleichzeitig eine Gebührengestaltung mitbeschlossen.
- Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung sich für das Inkrafttreten zum 01.11.2009 ausspricht.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

a) UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Schmidt spricht sich für die Satzung aus.

b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab stimmt dem Beschlussentwurf zu.

c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul kann dem Beschlussentwurf ebenfalls zustimmen.

d) FW-Stadtratsfraktion:

Bürgermeisterin Regan spricht sich für die Informationsfreiheitssatzung aus.

e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof als Antragsteller freut sich über die schnelle Umsetzung und schließt sich dem Beschlussentwurf an.

f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt schließt sich ihren Vorrednern an.

g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm kann dem Beschlussentwurf ebenfalls zustimmen.

C. **Mit 13 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 2 der Niederschrift beigefügte „Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Großen Kreisstadt Kitzingen (Informationsfreiheitssatzung)“.
3. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 3 der Niederschrift beigefügte „Gebührengestaltung Informationsfreiheitssatzung“ als Ergänzung des Kommunalen Kostenverzeichnisses (KommKVz) zur Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis der Großen Kreisstadt Kitzingen (Kostensatzung).

5. World Press Photo-Ausstellung 2009 im Jahr 2010 in Kitzingen

Mit 13 : 0 Stimmen

Für die World Press Photo-Ausstellung 2009 im Jahr 2010 in Kitzingen werden 17.000 € bereitgestellt.

6. Seniorenbefragung in den Gemeinden des Landkreises Kitzingen; Beteiligung der Stadt Kitzingen

- A. Oberbürgermeister Müller geht auf den Sachvortrag ein und bittet um Zustimmung. In der folgenden Diskussion wird neben den befürwortenden Stimmen auch bedenklich geäußert, dass das Alter der zu befragenden Senioren zu hoch sei und man die Befragung vielmehr an die zukünftigen Senioren richten sollte. Darüber hinaus wird zu Be-

denken gegeben, dass die Fülle der Fragen von den Senioren selbständig kaum zu bewältigen sei.

B. Mit 11 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen beauftragt zum Preis von 3.635 € zzgl. MWST das Institut „MODUS“ mit der Durchführung der angebotenen Zusatzbefragung in Kitzingen.

7. Martin-Luther-Straße 3, 97318 Kitzingen
6 Wohnungen

Mit 12 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ins Gebäude Martin-Luther-Straße 3, neue Fenster mit Sonnenschutzeinrichtung einzubauen.
3. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 34.500 € werden im Haushalt 2009 außerplanmäßig bereitgestellt.

8. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2008
Budget UA 7711 Bauhof

Ohne Abstimmung

Die Abrechnung des Budgets UA 7711 Bauhof für das Haushaltsjahr 2008 schließt mit einem Überschuss von 89.730,00 € ab.
Es wird ein Betrag von 8.000,00 € als positiver Überschuss in das Folgejahr übertragen.

9. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2008
„Abwasserbeseitigung“ (UA 7000, 7002, 7006, 7146, 7189)

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Defizit in Höhe von 368.647,71 € wird, entgegen der Budgetierungsrichtlinien, auf Null gesetzt, da trotz sparsamer und wirtschaftlicher Arbeit im Ausgabenbereich die prognostizierten Einnahmen, vor allem aus Kanalbenutzungsgebühren (US-Liegenschaften) um 402.750,54 € unterschritten wurden und das Defizit nicht erwirtschaftet werden kann.

10. Budgetabrechnung für das Haushaltsjahr 2008:

Gesamtbudget für

a) das Budget „Straßen, Wege, Plätze“ UA 6751, 6752, 6900, 7850, 6300, 6500, 6600

b) das Budget „Grünanlagen“, UA 5800

c) das Budget „Spielplätze“, UA 4600

d) das Budget „Wanderwege, Trimpfad“, UA 5900

e) das Budget „Straßenbeleuchtung“, UA 6709

Mit 13 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Abrechnung des Budgets „Grünanlagen“ UA 5800 für das Haushaltsjahr 2008 schließt mit einem Überschuss von 32.147,53 € ab. Der Überschuss wird zu 70% d.h. in Höhe von gerundet 22.503,00 € in das Haushaltsjahr 2009 wie folgt übertragen:

10.000,00 € fließen in den Vermögenshaushalt, HSt. 5800.9350

Begründung: Das Budget Grünanlagen war bis Ende 2008 ein eigenständiges Budget. Ab 2009 ist es dem Gesamtbudget Straßen, Wege, Plätze u.a. eingegliedert worden. Deshalb sollen aus dem Teilbetrag von 10.000 € - im Vorgriff auf die Gartenschau – bereits in 2009 Blumenpyramiden beschafft werden.

12.503,00 € nicht zweckgebundener Übertrag ins Budget 2009

3. Die Abrechnung des nachfolgend aufgeführten Gesamtbudgets bestehend aus dem

a) Budget „Straßen, Wege, Plätze“: -	-152.892,00 € (Neg. Übertrag)
b) Budget „Grünanlagen“	12.503,00 € (Pos. Übertrag)
c) Budget „Kinderspielplätze“	514,00 € (Pos. Übertrag)
d) Budget „Wanderwege, Trimm-Pfad“ :	2.930,00 € (Pos. Übertrag)
<u>e) Budget „Straßenbeleuchtung“):</u>	<u>-27.211,00 € (Neg. Übertrag)</u>

ergibt einen Negativen Übertrag in das

Gesamtbudget in Höhe von 164.156,00 €

=====

4. Da bereits jetzt absehbar ist, dass das hohe Defizit im Jahr 2009 nicht zu erwirtschaften ist, wird gebeten – entgegen den Budgetierungsrichtlinien - dieses Defizit auf Null zu setzen.

11. Budgetübertrag 2008:

Heimat- und Kulturpflege-UA 3400

Mit 11 : 2 Stimmen

Das negative Budgetergebnis des UA 3400 in Höhe von 22.852,00 € wird nicht in das Haushaltsjahr 2009 übertragen.

12. Generalinstandsetzung der D.-Paul-Eber-Hauptschule, Hindenburgring Nord 8, Kitzingen
Sprinkleranlage für Hackschnitzelbunker – Firma Gottschalk GmbH, 32425 Minden
- Auftragsvergaben nach VOB -

Mit 12 : 1 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Den Auftrag für die „Sprinkleranlage für Hackschnitzelbunker“ in der D.-Paul-Eber-Hauptschule erhält die Firma Gottschalk GmbH, 32425 Minden.

Die Auftragssumme schließt mit 33.235,97 € einschl. 19% MwSt. ab.

3. Die erforderlichen Mittel stehen bei der Haushaltsstelle 1.2121.9451 zur Verfügung

- Bürgermeisterin Regan übernimmt den Vorsitz -

13. Kindergarten Etwashausen, Gartenstr. 19, 97318 Kitzingen/OT Etwashausen
Anbau einer Kinderkrippe und Erweiterung und Umbau der Mittagsbetreuung
Architektenleistungen
Beauftragung Architekturbüro Schmidt, Kitzingen
(Stadtrat Schmidt, Oberbürgermeister Müller, Stadträtin Schmidt sowie Stadtrat M. Müller sind aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begeben sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich.)

Mit 5 : 4 Stimmen

1. Vom Sachvortrag aus nichtöffentlicher Sitzung wurde Kenntnis genommen.
2. Das Architekturbüro Schmidt erhält den Auftrag für die Bearbeitung der LPH 1 bis 9 gemäß § 15 HOAI.
3. Die erforderlichen Mittel stehen bei der Haushaltsstelle 1.4649.9450 bereit.

- Oberbürgermeister Müller übernimmt wieder den Vorsitz -

14. Information von Oberbürgermeister Müller
Sachstand Zählung Kreuzung E-Center/Marktbreiter Straße

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Verkehrszählung im Bereich der Kreuzung E-Center/Marktbreiter Straße wiederholt werden müsste, nachdem diese auf Grundlage falscher Daten durchgeführt wurde.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass die Zählung bis Ende Oktober abgeschlossen sei und eine Entscheidung hinsichtlich des Kreisverkehrs bis Ende des Jahres gefallen sein könnte.

15. Anfragen von Stadträtin Richter

Parkplatzproblem im Bereich des Mühlbergsgebiets (Schulzentrum)
Sachstand Lärmschutz Bahn Innere/Äußere Sulzfelder Straße

Stadträtin Richter bezieht sich auf das Parkplatzproblem im Bereich des Schulstandortes im Mühlberggebiet und fragt nach, wer hierfür zuständig sei, nachdem sie immer wieder von Anwohnern angesprochen wurde.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass das Landratsamt die Stellplatzpflicht erfüllt und nachgewiesen habe und sich die Parkproblematik auf die Vielzahl der PKW zurückführen lässt. Er stellt dar, dass zum Schulbeginn die Verkehrsüberwachung vermehrt an dieser Stelle kontrolliert habe.

Des Weiteren fragt Stadträtin Richter nach dem Sachstand in Sachen Lärmschutz der Bahn im Bereich der Inneren/Äußeren Sulzfelder Straße.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies zu prüfen.

16. Anfrage von Stadträtin Dr. Endres-Paul

Sachstand und Verbleib Fetzer-Gebäude

Stadträtin Dr. Endres-Paul fragt nach dem Sachstand und Verbleib des Fetzer-Gebäudes.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass sich die Familie weiterhin mit der Brandversicherung auseinandersetze und noch keine Regelung getroffen sei.

17. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof

Behandlung des Antrages in Sachen „Natur in Kitzingen“

2. Bürgermeister Christof fragt nach, wann der Antrag der KIK-Antrag in Sachen „Natur in Kitzingen“ behandelt werde. Darüber hinaus verweist er auf die Zusage des Oberbürgermeisters, die Größe des Festplatzes nochmals im Gremium zu behandeln und spricht seinen Unmut dahingehend aus, dass durch die Baumaßnahmen insoweit Fakten geschaffen wurden.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in der Sitzung des Stadtrates am 08.10.2009 ein Sachstandsbericht erfolge und nach der Aufsichtsratsitzung am 15.10.2009 die neuesten Beschlussfassungen nachgereicht werden. Hinsichtlich des Festplatzes stellt er dar, dass die Fahrgeschäfte auch nach der Umgestaltung noch in der gegenwärtigen Form untergebracht werden können. Dies wurde mit den Schaustellern abgesprochen.

2. Bürgermeister Christof bezweifelt dies, nachdem der Platz nun acht Meter schmaler wurde.

Stadträtin Richter spricht ebenfalls ihren Unmut dahingehend aus, dass kaum Informationen seitens Natur in Kitzingen ergehen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass ab sofort in regelmäßigen Abständen Infos seitens der GmbH an den Stadtrat erfolgen werden.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.15 Uhr.

Oberbürgermeister (ohne Ziffer 13)

Protokollführer

Bürgermeisterin (Vorsitz Ziffer 13)